

grünes blatt

April 2013 Nr. 2

die Zeitung der Grünen Kanton Zürich

Redaktion und Verlag:

Grüne Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich

Tel. 044 440 75 50, Fax 044 440 75 51

sekretariat@gruene-zh.ch, www.gruene-zh.ch

Spendenkonto: PC 80-26744-4

Aktuell Abstimmungen vom 9.6.2013 **Seite 2 & 3** – Kurznews aus den Regionen **Seite 4** – Kulturlandinitiative **Seite 5** – Stadt Zürich **Seiten 6 & 7** – Grüne Winterthur **Seite 8** – Junge Grüne **Seite 9** – Was machen eigentlich ... Grüne AmtsinhaberInnen? **Seite 10 & 11**

Wer in der Exekutive sitzt, ist am Drücker!

Aktiv
dabei sein!

In etwa 10 Monaten stehen wieder Wahlen an. Gewählt werden 535 Legislativmitglieder in 12 Parlamentsgemeinden und über 1000 Gemeindeexekutivmitglieder – RPK-, Schulpflege-, Baubehörden- und Sozialbehördenmitglieder nicht eingerechnet.

Grüne in den Exekutiven untervertreten

41 GemeindeparlamentarierInnen (7.7%) vertreten die Grünen seit 2010 in 11 der 12 Parlamente. In den Gemeindeexekutiven hingegen sitzen gerade mal 8 Stadt- und GemeinderätInnen. Wir sind also mit einem mickrigen 0.7%-Anteil in den Exekutiven unserer 171 Gemeinden im Kanton Zürich vertreten. Das kann nun wirklich nicht sein, verfügen doch die Grünen über 31 Ortsparteien einschliesslich der beiden grossen Stadtparteien! So gesehen müssten sie in mindestens einem Fünftel der Stadt- und Gemeindeexekutiven mit 1-2 VertreterInnen Einsitz haben.

Gemeindepolitik aktiv mitsteuern

Die Grünen verpassen also faktisch die direkte Steuerung des politischen Geschehens auf Gemeindeebene. Es genügt nicht, in den 12 Parlamenten vertreten zu sein. Nur rund 10-15% aller kommunalen Politgeschäfte benötigen einen Beschluss des Parlamentes oder der Gemeindeversammlung. Fazit: Wer in der Exekutive sitzt, ist am Drücker!

Das Wahlziel für 2014 ist also gesetzt: Total 45 Legislativ-Sitze in allen 12 Parlamentsgemeinden und pro Ortspartei 2-3 Sitze in den Gemeindebehörden oder der Gemeindeexekutive. Dabei sollten unsere VertreterInnen nach Möglichkeit auch Parteimitglieder sein, auch wenn auf dem Land viele Behördenmitglieder parteilos sind. Halten wir also ab heute Ausschau nach Leuten mit Grünem Gedankengut!

Martin Graf, Regierungsrat



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser

Während wir im April immer noch auf den Frühling warten, nähern sich die nächsten Wahlen bereits in grossen Schritten.

In weniger als einem Jahr wählen die Gemeinden – und wir sind natürlich wieder mit dabei! Wir wollen aber nicht nur unsere Sitze in den Gemeindeparlamenten verteidigen und vermehren, wir wollen auch die anderen Ämter und Behörden erobern. Die Ziele hat unser Regierungsrat Martin Graf auf der Titelseite schon vorgegeben. Auf den Seiten 10 und 11 stellen sich weitere Grüne vor, die bereits ein Amt innehaben – wenn das keine Motivation ist, selbst zu kandidieren!

Vor den nächsten Wahlen wird aber noch einige Male abgestimmt, das nächste Mal am 9. Juni. Besonders am Herzen liegt uns im Kanton Zürich die Vorlage zum «Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen». Unser Vorstand hat bereits einstimmig die NEIN-Parole beschlossen. Warum steht auf Seite 3.

Auch die Kulturlandinitiative beschäftigt uns immer noch. Nachdem die Regierung einen enttäuschenden Umsetzungsvorschlag vorgelegt hat, müssen wir nun versuchen, diesen im Kantonsrat zu verbessern. Wo die Knackpunkte liegen und wie wir weiter vorgehen wollen, um das Kulturland tatsächlich und wirksam zu schützen, ist auf Seite 5 nachzulesen.

Ulla Blume
Parteisekretärin
Grüne Kanton Zürich

Feedback ist willkommen:
publikation@gruene-zh.ch

«Bonzensteuer» – da scheiden sich die Grünen Geister

Am 9. Juni stimmen wir über die kantonale «Bonzensteuer»-Initiative ab. Unsere Haltung dazu müssen wir erst noch diskutieren – einiges spricht für, vieles gegen die Initiative.

Die Zeit immer neuer Steuerprivilegien ist zum Glück vorbei: Der steuerpolitische Wind hat gedreht. Die Zürcher Stimmberechtigten haben einseitigen Privilegierungen nun schon wiederholt eine Absage erteilt: Pauschalbesteuerung, «Steuerstrategie» der Regierung, Kapitalsteuern. Wir Grünen haben alle diese Abstimmungen in unserem Sinn entschieden. Nicht zu unterschätzen war dabei die Kraft des Arguments, dass der Kanton Zürich mit einer Steuerpolitik der ruhigen Hand am besten fährt: kurz-, mittel, vor allem aber langfristig.

Richtiges Ziel, falscher Weg?

Nun will die im Juni zur Abstimmung gelangende «Bonzensteuer»-Initiative der JUSO die Steuern für Vermögen über 2 Mio. Franken massiv erhöhen. Über das damit verfolgte Ziel, etwas gegen die sich öffnende Schere bei der Vermögensverteilung zu tun, herrscht auch bei uns Grünen Einigkeit – am Weg jedoch scheiden sich die Geister: Eine Minderheit von Kantonsratsfraktion und Vorstand plädiert für eine Unterstützung aus den genannten grundsätzlichen Überlegungen.

Steuerpolitik ...

Für eine Mehrheit dagegen ist diese Initiative der falsche Weg. Sie erachtet den reichlich willkürlichen Eingriff in den Steuertarif als problematisch. Der Zürcher Steuertarif weist heute eine bemerkenswerte Progression auf. Das sollte man nicht ohne Not aufs Spiel setzen. Überdies gibt es mit der Abwehr neoliberaler Nachbeben in der Finanz- und Steuerpolitik weiterhin auch sonst genug zu tun.

... der ruhigen Hand

Für eine Mehrheit von Vorstand und Fraktion stehen andere Wege im Vordergrund, allen voran die Volksinitiative für eine Bundes-Erbschaftssteuer – an deren Erarbeitung die Zürcher Grünen übrigens massgeblich beteiligt waren. Das Falsche wird auch dann nicht richtig, wenn es aus Solidarität geschieht.

Es liegt nun an der Mitgliederversammlung, zur Bonzensteuer Stellung zu nehmen: Daumen rauf – oder runter?

Ralf Margreiter, Kantonsrat



Wir wollen Nachhaltigkeit – auch bei der Steuerpolitik.

NEIN zu Kollektivbestrafung – NEIN zum Konkordat

Am 9. Juni stimmen die Zürcher Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über den Beitritt zum revidierten Konkordat «über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen» ab. Dieses Konkordat hat es in sich und verspricht etwas anderes zu sein, als es tatsächlich ist. Deshalb sagen wir NEIN dazu.

Einzelne Gewaltvorkommnisse rund um Sportanlässe kann niemand leugnen, dass diese unschön sind auch nicht. Wer jedoch glaubt, dass mit diesem Konkordat ein einziges dieser Ereignisse verhindert wird, liegt falsch!

StadionbesucherInnen unter Generalverdacht

Vielmehr werden alle StadionbesucherInnen in einen Topf geworfen und unter den Generalverdacht gestellt, mit gewalttätigen Absichten ins Stadion zu gehen. Das Konkordat greift massiv in die Grundrechte aller MatchbesucherInnen ein. Es widerspricht dem Störerprinzip, wenn nicht zwischen gewaltbereiten Anhängern und ganz normalen Fans unterschieden wird. Neu eingeführt werden:

- Bewilligungspflicht für jedes Spiel der obersten Schweizer Fussball- und Eishockeyliga
- Rayonverbote neu schweizweit und bis zu drei Jahren (momentan bis zu einem Jahr)
- Kombiticket bei Hochrisikospielen: Alle Gäste müssen mit vorgeschriebenen Transportmitteln anreisen
- Möglichkeit der Einführung einer generellen Ausweisungspflicht für alle BesucherInnen von Sportveranstaltungen
- Alkoholverbot nicht nur im Stadion, sondern auch in einem gewissen Perimeter ausserhalb der Sportstätten

Was die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) unter diesen Verschärfungen versteht, präsentierte sie Ende November 2012. So empfiehlt sie in den Fankurven und bei Hochrisikospielen im ganzen Stadion ID-Kontrollen durchzuführen – obwohl die generelle Ausweisungspflicht im Kan-

ton Zürich abgelehnt wurde. Wie dies umgesetzt werden soll, bleibt offen. Des Weiteren soll bei bestimmten Spielen ein generelles Alkoholverbot gelten, das auch die stadionnahen Bars und Restaurants betrifft. Einzig in den V.I.P.-Logen darf weiter getrunken werden. Die gutbetuchte Cüpli-Elite soll also verschont bleiben, während normale BürgerInnen bevormundet werden. Damit nicht genug: Gästefans sollen in Zukunft nur noch auf einem von der Polizei vorgegebenen Weg nach Zürich kommen dürfen. Ein FC Basel-Fan, der in Zürich lebt und ein Spiel des FC Basels im Gästesektor verfolgen will, müsste also am Spieltag von Zürich nach Basel reisen, um von dort mit dem Extrazug oder dem Fancar wieder nach Zürich zu kommen.

Mehr Kompetenzen für private Sicherheitsdienste

Gemäss Konkordat genügen Aussagen von privaten Sicherheitsdiensten, um bis zu dreijährige Rayonverbote auszusprechen. Über die Glaubwürdigkeit dieser zwielichtigen Sicherheitsfirmen wurde in der Vergangenheit ausführlich in den Medien berichtet. Zudem sollen dieselben Sicherheitsfirmen ZuschauerInnen auch ohne konkreten Verdacht am ganzen Körper über den Kleidern abtasten

können. Damit wird das staatliche Gewaltmonopol bedenklich untergraben.

Unverhältnismässige Bestrafung aller BesucherInnen

Wie unverhältnismässig dieses Konkordat ist, zeigt ein Blick auf die Statistik. Rund 5 Millionen ZuschauerInnen besuchten in der letzten Saison die Spiele der höchsten Schweizer Fussball- und Eishockeyliga. Etwa 500 davon sind in der Hooligan-Datenbank mit Massnahmen belegt. Es ist ein Irrsinn, wegen einer verschwindend kleinen Anzahl von Personen ganze Stadien mit solchen Massnahmen zu schikanieren und unter Generalverdacht zu stellen. Das Konkordat trifft die Falschen.

Grüne Stimme für die Grundrechte

Einmal mehr sind es nur die Grünen, die die Stimme erheben, wenn Grund- und Freiheitsrechte geritzt und teils über Bord geworfen werden. Diese Stimme ist aber wichtig. Darum legen wir am 9. Juni ein überzeugtes NEIN gegen diese unsinnigen und willkürlichen Verschärfungen in die Urne.

Luca Maggi, Präsident Junge Grüne Zürich



Grünkohl

Kurznews Regionen

Gerüchte, Taktik und Kolumnen

Ein unbestätigtes Gerücht ist jenes von den wahren Gründen der Grünen Fraktionspräsidentin Esther Guyer, ein harm- und wirkungsloses 1:12-Postulätchen der revolutionär-parlamentarischen Juso-Avantgarde abzulehnen: Das einzige Zahlenverhältnis, bei dem sich Guyer wirklich wohlfühle, sei nämlich 1:21. Also sie selbst. Gegen den Rest der Fraktion.

Von Taktik geprägt sind bei den Ersatzwahlen in den Zürcher Stadtrat die Wahlempfehlungen. Durchsichtig im Januar der Antrag der Geschäftsleitung auf Stimmfreigabe. Clever dagegen die Taktik der Mehrheit. Sie weiss: Wenn die AL nach Eroberung eines Stadtratssitzes bei den nächsten Wahlen harmlos wie eine Herde Schafe im Wolffspelz auftritt, dann macht sie sich schlicht selbst überflüssig.

Gross wird man auf der Schulter von Riesen: So schafft Daniel Vischer es, seine BAZ-Kolumnen ein zweites Mal als «Grüne Gedanken» zur Woche im P.S. und schliesslich als drittes auch noch online auf vimentis.ch zu publizieren. Sein Motto ist wohl «von Mörgeli lernen heisst abschreiben lernen». Rezykliert doch der scharf schreibende Chefintellektuelle seine wöchentliche Weltwoche-Kolumne auch immer gleich im kantonalen SVP-Blatt «Zürcher Bote». Oder umgekehrt. Falsch allerdings sind jegliche Vermutungen der Rundschau, dass Mörgeli dafür den Dokortitel erhalten hat.

G. Kohl

Bezirk Meilen: Grosser Schritt Richtung freiwilliger Proporz

Es gibt sie noch, die Bezirke im Kanton Zürich, die den freiwilligen Proporz für die Zusammensetzung von Bezirksrat und Bezirksgericht nicht kennen. Um dem bürgerlichen Achselzucken vor Grünen Wahlvorschlägen mit Tatsachen zu begegnen, stieg Marcus Bosshard aus Küsnacht in den Wahlkampf um einen der zwei Sitze im Meilemer Bezirksrat. Da die FDP-Kandidatin (Gitti Hug, bisher) unbestritten war, trat er faktisch gegen die SVP-Kandidatin Erika Aeberli an. Diese Konstellation machte es den Grünen leicht, SP, glp und EVP für den Wahlkampf zu gewinnen, so dass Marcus bei der Wahl vom 3. März schliesslich auf 48 Prozent der Wahlzettel notiert war, das absolute Mehr erreichte und mit 12'241 Stimmen nur wenig hinter den 13'218 Stimmen der SVP-Konkurrentin lag. Obwohl Marcus als Überzähliger ausschied: Auch die NZZ sprach von einem «Achtungserfolg». Aus Sicht der Grünen ist dies ein Meilenstein auf dem Weg zum freiwilligen Proporz.

Thomas Forrer, Präsident Grüne Bezirk Meilen

Winterthur: Zu viele (Auto-) Parkplätze in der Innenstadt

Auch in der Stadt Winterthur ist der Streit über die Anzahl Parkplätze definitiv und heftig entbrannt. Dabei wird mit politisch harten Bandagen gekämpft: Wer Parkplätze reduzieren will, wird gleich für den wirtschaftlichen Niedergang verantwortlich gemacht! Sicher: Wer keinen Platz mehr erhält, seine Kiste im Stadtzentrum abzustellen, ist gezwungen, sie zuhause stehen zu lassen. Gewerbe und Bürgerliche wollen partout nicht begreifen, dass es genau um das Konzept des «wesensgerechten Verkehrs» (ihre eigene Erfindung) geht, das damit umgesetzt werden soll. Im beschränkten Raum der Innenstädte ist das Privatauto im Pendlerverkehr **nicht** wesensgerecht. Es ist schlicht zu ineffizient, in Bezug auf energetische Ressourcen sowie auch den benötigten Platz. Äxgüsi: Wenn der Bus im Stau steht, ist fertig lustig. Werden weniger Pendlerparkplätze angeboten, bleibt für alle anderen mehr Platz auf den chronisch überlasteten Strassen: Bus, Gewerbe und Einkaufende!

Reto Diener, Präsident Grüne Winterthur

Uster: «Naturstrom zuerst»

Seit dem Einzug der Grünen ins Parlament und mit Unterstützung von SP und glp steht das Geschäftsgebaren der Energie Uster AG respektive die passive Haltung des Stadtrates in Bezug auf die «privatisierten» Stadtwerke immer wieder im politischen Fokus. Anlass für die Einzelinitiative unserer Kantonsrätin Ornella Ferro war eine ungenügende und von mangelndem politischem Willen geprägte Antwort des Stadtrats auf ein Postulat der Grünen zum Thema Naturstrom als Standardangebot. Der Stadtrat verschanzte sich einmal mehr hinter der Argumentation, dass er auf das Operative der «Energie Uster» keinen Einfluss nehmen könne. Mit der Einzelinitiative wollen wir nun endlich Zählbares erreichen. (Herzlichen Dank nach Küsnacht für die Vorarbeit und Hartnäckigkeit!) Am 18. März wurde unser Vorstoss mit 17 Stimmen komfortabel unterstützt, in der Grundsatzdebatte lasen wir dem Stadtrat die Leviten, worauf die FDP von Zwängerei sprach und dabei offenbar nicht im Bilde war, dass ihre KollegInnen in Küsnacht der dort hängigen Einzelinitiative nur ein Woche später zustimmen würden.

Thomas Wüthrich, Gemeinderat Uster

Adliswil: Gartenkultur

Es ist gelungen. Die Idee, einen Teil des ehemaligen Stadthausareals im Stadtzentrum bis zur Überbauung mit einem temporären Garten zu beleben, ist nun Realität. 40 Hochbeete stehen zum Bepflanzen bereit. Sogar für Wildbienen gibt es ein Haus. Die von den Frauen der Grünen Adliswil-Langnau ins Leben gerufene Interessensgemeinschaft temporäre Gartenkultur hat sich informiert, Überzeugungsarbeit geleistet, Pläne gezeichnet, Sponsoren gesucht, die Infrastruktur organisiert, die Öffentlichkeit informiert und Interessierte gefunden. Ein Gartenfachmann arbeitet in der IG mit. Die Stadt Adliswil unterstützt das Projekt logistisch und finanziell. Am 23. März sind die Hochbeete von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Erde gefüllt worden. Auf dem Platz entwickelte sich ein fröhliches Treiben. Was wird bis zum Herbst an Pflanzen und an Gemeinschaftsleben wachsen?

Maria Ackermann, Grüne Adliswil-Langnau

Die Kulturlandinitiative in der Vernehmlassung

In den Monaten nach dem deutlichen JA im Juni 2012 ist es ruhig geworden um die Kulturlandinitiative. Mit grosser Spannung haben wir darum den Umsetzungsvorschlag der Regierung erwartet, den sie am 25. Januar 2013 der Öffentlichkeit präsentiert hat. Für uns ist dieser Vorschlag eine Enttäuschung und zeigt, dass die Regierung den Kulturlandschutz nicht ernsthaft angehen will.

In den letzten zwei Monaten haben wir uns intensiv mit diesem Umsetzungsvorschlag auseinandergesetzt und im Rahmen der Vernehmlassung unsere Haltung bei der Regierung deponiert. Hier die Kernzüge unserer Vernehmlassungsantwort – und die Hauptkritikpunkte an der Umsetzungsvorlage:

Kompensation «light»

Einer der Hauptpunkte der Umsetzungsvorlage ist die Kompensationspflicht. So sollen alle landwirtschaftlich wertvollen Flächen, die neu eingezont werden, kompensiert werden.

Das klingt zwar gut, entpuppt sich beim näheren Hinschauen aber als Mogelpackung. Die Regierung stellt nämlich die Kompensation durch Auszonung (eine Landfläche einzonen, dafür woanders gleichwertiges Land auszonen) der Kompensation durch Aufwertung gleich. Eine Aufwertung des Bodens bedeutet, dass man ihn z.B. durch Humusauftrag oder durch andere Massnahmen verbessert, damit er dann zu den Nutzungseignungsklassen 1-6 gezählt werden kann, die durch die Kulturlandinitiative geschützt sind.

Zwar scheint eine Bodenaufwertung mit etwa 20 Franken pro Quadratmeter relativ teuer, setzt man diesen Betrag aber in Relation mit den Baulandpreisen, ist er sehr klein. Wenn man zudem bedenkt, dass die Regierung die Kompensation nicht bei der Einzonung, sondern erst zum Zeitpunkt der Baubewilligung regeln möchte, wird klar: Der Regierungsrat setzt den Fokus eindeutig auf die Aufwertung. Diese kann aber keine Zersiedelung bremsen – von den ökologischen Folgen eines so geschaffenen «Humustourismus» ganz zu schweigen.

Ohne Verordnung zum Bauzonenabtausch geht es nicht

Mit der Revision des nationalen Raumplanungsgesetzes wird es wieder überall diskutiert: Die noch nicht überbauten Bauzonen liegen am falschen Ort. Es braucht Mechanismen, um diese dahin zu verlegen, wo die Entwicklung erwünscht ist. Das Raumordnungskonzept im aktuell beratenen Richtplan zeigt auf, wo diese Gebiete sein könnten: Sie liegen in den bereits gut erschlossenen Regionen in und um Zürich und Winterthur. Die Kulturlandinitiative fordert genau wie das Raumordnungskonzept nichts mehr und nichts weniger, als dass die räumliche Entwicklung im Kanton Zürich besser gesteuert wird. Der Regierungsrat vergibt sich eine grosse Chance, wenn er jetzt nicht eine Verordnung zum Bauzonenabtausch schafft.

Richtplan überarbeiten

Im Abstimmungskampf wurde oft als Hauptargument aufgeführt, dass gewisse Bauentwicklungsgebiete wie zum Beispiel Gotzenwil (Winterthur) oder

Eschenbüel (Uster) nicht mehr überbaut werden dürften. Trotzdem hält es die Regierung jetzt nicht für nötig, diese Gebiete aus dem Siedlungsgebiet des neuen Richtplans zu entlassen. Eine Überarbeitung des Richtplans, um dem Grundsatz der Kulturlandinitiative zu genügen, hält sie für unnötig.

Wir fordern nach wie vor wie im Initiativtext: Sämtliche Gebiete auf Ackerland, die bis zum 17.6.2012 nicht rechtskräftig eingezont waren, sind aus dem Siedlungsgebiet zu entlassen!

Vorlage verbessern – oder ausformulierte Initiative

Wir setzen uns in den nächsten Monaten im Kantonsrat dafür ein, dass die Vorlage verbessert wird. Sonst müssen wir mit einer ausformulierten Gesetzesinitiative noch einmal vors Volk. Zu befürchten haben wir nichts!

Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton Zürich



Autofrei – Wohnen mit Zukunft

Ein Leben ohne Auto ist für viele ZürcherInnen eine Realität – und für uns Grüne schon lange ein Anliegen. Trotz zum Teil überraschenden Widerstands aus verschiedensten politischen Ecken geht es jetzt endlich vorwärts mit dem autofreien Wohnen.

Autofreies Wohnen, eines der Kernthemen der Stadtzürcher Grünen, macht in letzter Zeit grosse Fortschritte. «Sihlbogen», «Kalkbreite», «Mehr als Wohnen» heissen die Projekte, die realisiert werden. Die Überbauung «Kronenwiese» der Stadt Zürich kommt im Juni zur Abstimmung. Als Nullenergiesiedlung energetisch vorbildlich konzipiert, wird – um die Kosten tief zu halten – auf Luxus und Parkplätze verzichtet. Und eine weitere Wohnsiedlung an der Herdernstrasse soll nicht nur einen Beitrag zu einem vielfältigen Wohnen im Kreis 4 leisten, sondern ebenfalls autofrei sein. Die Planung dazu läuft.

Ökologisches Bewusstsein und ökonomische Vernunft

Verzichtet wird bei den letzten beiden Projekten auf die Tiefgarage. Das zeugt nicht nur von ökologischem Bewusstsein, sondern vor allem von ökonomischer Vernunft. Wer dringend auf den Gebrauch eines Autos angewiesen ist, hat die Möglichkeit in unterbelegten Parkhäusern in Fusswegdistanz einen Parkplatz zu mieten. Allzu oft dürfte dieses Angebot aber nicht genutzt werden, denn Zürich, speziell die innerstädtischen Stadtkreise, wird zunehmend autofrei. Und Parkhausbesitzer müssen heute froh sein, wenn sie überhaupt

noch Personen finden, die ihnen ihre Parkplätze abnehmen. Ärgerlich ist, dass andere Parteien uns beim autofreien Wohnen aber immer wieder stoppen: Die Grünliberalen weigerten sich, die kommunale Wohnsiedlung am Hornbach autofrei zu machen. Und wenn die Grünliberalen dann einmal mitmachen, dann sind es die AL, die sich bei den Stadtratswahlen so grün gibt, und die SP, die sich aus nicht nachvollziehbaren Gründen gegen autofreies Wohnen stellen. So geschehen bei der neuen städtischen Wohnsiedlung neben dem Stadion.

Das lokale Gewerbe profitiert

Dabei ist klar: Vom autofreien Leben profitiert nicht nur die Umwelt, sondern auch das lokale Gewerbe. Ein Auto kostet durchschnittlich 12'000 Franken pro Jahr, 40 Prozent davon machen Amortisation und Wertminderung aus, d.h. das Geld geht an Autobauer in Wolfsburg oder Japan und weitere 15 Prozent gehen an Erdölkonzerne und Ölscheichs. Wer aber kein Auto hat, fährt damit auch nicht ins Glattzentrum, sondern kauft im Quartierladen um die Ecke ein.

Gesetze der Realität anpassen

Obwohl die Realität den Gesetzgebungsprozess schon lange überholt hat,

wird autofreies Wohnen nun auch eine solide rechtliche Grundlage erhalten. Schon Anfang 2008 hatte der Stadtrat eine kommunale Parkplatzverordnung mit autofreiem Wohnen vorgelegt. Erst knapp drei Jahre später, im November 2010 konnte die Volksabstimmung dazu stattfinden. Und dann haben bürgerliche Verbände mit viel formellem Geschick den Rechtsfall so lange verzögert, dass erst heute, also fünf Jahre nach der Präsentation und zweieinhalb Jahre nach der Volksabstimmung ein erstinstanzliches Urteil vorliegt. Das kantonale Baurekursgericht hat darin die Rechtmässigkeit der Bestimmungen über das autofreie Wohnen festgestellt. Interessant daran ist, dass gerade ein Hauseigentümergeverband seine Verbandsmitglieder dazu zwingt, an hohen Parkplatzzahlen festzuhalten, obwohl diese gar nicht mehr kostendeckend vermietet werden können. Das war sogar dem Baurekursgericht zu viel. Autofreies Wohnen schränke HauseigentümerInnen nicht ein, sondern erlaube ihnen ein differenzierteres Wohnungsangebot, womit das Gericht den Hauseigentümergeverband in dieser Frage als nicht rekurslegitimiert ansah.

Markus Knauss,
Gemeinderat Grüne, Fraktionspräsident



Zürich blüht bunter

Die Stadt Zürich bietet neu zwei unterschiedliche Samenmischungen für ein blühendes Zürich an. Maurice Maggi, bekannt für seine Blumengraffitis in Zürich, sagt dem «grünen blatt» im Interview, was er davon hält.

Seit kurzem kann man bei Grün Stadt Zürich neu zwei verschiedene Samenmischungen beziehen, um Baumrabatten zu begrünen. Was hältst du davon?

Schön, es fördert die Biodiversität und verschönert die Stadtnatur. Durch die neugewonnenen GärtnerInnen wird dem Strassengrün mehr Achtung und Aufmerksamkeit geschenkt. Sicher achten die BewohnerInnen jetzt vermehrt darauf, was wächst und blüht. Das Treiben der GärtnerInnen wird genauer beobachtet und hinterfragt, dies wird wohl am meisten ändern.

Du säst seit 1984 heimische Wildblumen im öffentlichen Raum. Nun hat die Stadt Zürich quasi deine Idee abgekupfert. Macht es dich stolz, dass dein unermüdlicher Einsatz sich gelohnt hat?

Wie bei jedem Protest oder Revolution ist die Umsetzung der Forderung das höchste Ziel. Ja, somit habe ich viel erreicht. Dabei halfen mir die Zeitgeschichte und der heutige Trend kräftig mit. Mein Wunsch, dass einem bisher vernachlässigten «Unort» mehr Beachtung geschenkt werden soll, ist somit wahr geworden.

Bis vor kurzem wurden deine Malven oft abgemäht, weil sie nicht im städtischen Konzept vorgesehen waren. Und nun kann man bei Grün Stadt Zürich die Mischung «Malven-Power» beziehen. Was hat zu diesem Sinneswandel geführt?

Die städtische Mischung «Malven-Power» enthält ausschliesslich wilde Malven (Malva alcea, Malva moschata und Malva sylvestri). Diese werden ca. 1 Meter hoch und ebenso breit. Sie blühen ab Ende Juni bis zum ersten Frost. «Meine» Malven sind eine verwilderte Gartenform (Alcea rosea), werden aber bis zu 3 Meter hoch und blühen von Mai bis Oktober.

Aus angeblicher Sichtbehinderung und Einknickgefahr in den Strassenraum sind diese ein Dorn im Auge der Pflgetruppen geworden. Die mediale Präsenz und die grosse Akzeptanz der Bevölkerung verhinderte ein Ausrotten. Oft wurde alles gestutzt – ausser die bekannte hohe

Malve. Mit der Namensgebung «Malven-Power» spielt die Stadt mit einem Begriff, der eines der Markenzeichen dieser Stadt ist – die Malve ist wohl Zürichs bekannteste wild wachsende Pflanze.

Wurdest du von Grün Stadt Zürich bei der Planung dieser Aktion miteinbezogen? Wenn nicht, wie hast du davon erfahren?

Jein, direkt in diese Aktion nicht. Aber letzten Herbst bei einer Klausur des Kaders von Grün Stadt Zürich hielt ich ein Referat über meine Vorschläge zum «Strassenbegleitgrün». Wie dieser Fachbegriff uns die herrschenden Hierarchien aufzeigt! Meine Forderung ist, dass die Baumscheiben nur noch im Herbst einmal gemäht werden und jede 4. alternierend über einen Winter stehengelassen wird, um Insekten und Schmetterlingen einen Überlebensraum sichern.

Die beiden verteilten Mischungen blühen bis auf zwei Arten (Feld-Witwenblume und Wiesen-Salbei) erst von Juni bis September und kämen bei einem Junischnitt gar nie zum Blühen, geschweige denn zum Versamen.

Die neuste Richtlinie ist aber angepasst. Es wurde beschlossen, «die Pflege der Baumrabatten nicht mehr zentral als Ganzes auszuschreiben. Damit haben die einzelnen Grünflächenbezirke freie Hand, die Vegetation, falls überhaupt nötig, nur nach Bedarf und zurückhaltend» zu

schneiden. So hoffe ich auf den Ruf der Strasse und die Nachsicht der GärtnerInnen – sie mögen sich in Zurückhaltung üben.

Kannst du unseren LeserInnen sagen, was wir zu sehen bekommen, wenn die Samen der beiden Mischungen blühen?

Beides sind sehr schöne Mischungen: die «Malven-Power» in blau-lila Tönen, die «Wilden Blumen» sind eine artenreich Mischung, bunt und nur etwas blau-lilastig.

Und zum Schluss: wirst du weiterhin als Guerillagärtner in Zürich unterwegs sein?

Natürlich, auch wenn ein Teilziel erreicht scheint, habe ich noch einige Anliegen an den öffentlichen Raum. So wird der Strassenraum heute noch als das Hoheitsgebiet des motorisierten Verkehrs angesehen, statt als Raum des kollektiven Eigentums. Mindestens in Quartierstrassen muss sich dies dringend ändern: zum Beispiel mit dem Pflanzen von Obst- und Nussbäumen in Quartierstrassen. Wir müssen mehr andersartigen Nutzungen Platz geben und die Räume somit intimer gestalten. Mit dem verdichteten Bauen brauchen die BewohnerInnen diese Räume vermehrt als erweiterten Lebensraum. Dieser neuen Nutzung soll Platz geschaffen oder gelassen werden.

Karin Rykart, Co-Präsidentin Grüne Stadt Zürich



Schnelle Innovation als Herausforderung am Beispiel Naturkindergarten

Im Schulkreis Winterthur-Stadt wurde innerhalb eines Jahres der erste öffentliche Naturkindergarten der Stadt Winterthur eröffnet. Dieses innovative Projekt zeigt, dass Schulentwicklung wünschbar ist und Anlass für weitere Entwicklungsschritte sein kann.

Die Medien haben sich in beachtlichem Mass dafür interessiert: der Naturkindergarten im Schulkreis Winterthur-Stadt erschien als grosse Neuigkeit in der Bildungslandschaft. Nicht, dass es nicht bereits ähnliche Angebote gibt und gab, aber dass die öffentliche Schule mit einem obligatorischen Quartierkindergarten ein solches Modell wählt, erschien aussergewöhnlich.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg

Die Faktoren für das Gelingen eines solchen Projekts liegen interessanterweise nicht in einem Schulprogramm und auch nicht in einer langjährigen Entwicklungsplanung. Sie liegen im spontanen Willen der Beteiligten, dieses Projekt zu realisieren. So waren sich Kindergärtnerinnen, Schulleitung, Kreisschulpflege und Schuldepartement – insbesondere auch sein Vorsteher – sofort einig, dass dieses Projekt realisiert werden soll.

Innerhalb von einem halben Jahr konnten die Rahmenbedingungen soweit er-

arbeitet werden, dass ein provisorischer Kindergartenbetrieb mit zwei Vormittagen im Freien pro Woche begonnen werden konnte. Dies wiederum gab insbesondere den Kindergärtnerinnen wichtige Erfahrungen mit auf den Weg für den Vollbetrieb, der seit den Sportferien läuft.

Lehrplanziele Kindergarten werden erreicht

Die Kinder des Naturkindergartens sind nun an vier Vormittagen pro Woche im Freien und die restliche Zeit im Schulhaus. Mit diesem Programm können die Lehrplanziele, die auch für den Kindergarten bestehen, erreicht werden.

Es besteht bereits nach der kurzen Zeit des Betriebes kein Zweifel daran, dass die Stadtkinder sich auf dieses für sie oft ungewohnte Umfeld im neuen «Klassenzimmer» Natur schnell und problemlos einlassen. Und somit kann ein positiver Bezug zur Natur, der der städtisch orientierten Gesellschaft immer mehr abhanden kommt, gestärkt oder gar neu aufgebaut werden.

Bestimmt sind noch nicht alle betrieblichen Probleme gelöst und der Austausch mit den Eltern spielt gerade in dieser Startphase eine wichtige Rolle. Sie erleben die Kinder vor und nach dem Kindergarten und können somit wichtige Rückmeldungen geben und auf Fragestellungen aufmerksam machen, die zu lösen sind. Und bisher konnten die entstandenen betrieblichen Fragen zur Zufriedenheit der meisten Beteiligten gelöst werden.

Von der Natur zur Naturwissenschaft

Ich freue mich darüber, dieses Projekt als Grüner Politiker aktiv begleiten und unterstützen zu können. Der Naturkindergarten lässt die Kinder die Natur hautnah erfahren, sie nehmen die wandelnde Vegetation ebenso wahr, wie das sich verändernde Wetter und das unterschiedliche Licht. Die Natur prägt somit den Lebensalltag der Kinder sehr stark, ihre Fähigkeit sich in der Natur zu bewegen wird gestärkt, aber auch ihre Beziehung zu Flora und Fauna.

Dies wiederum ist eine wichtige Grundlage dafür, dass später in der Schule die Natur auch zur Naturwissenschaft erweitert werden kann. Kindgerechtes Vermitteln von biologischen, physikalischen und anderen Phänomenen findet am «Gegenstand» Natur am nachhaltigsten statt. So ist es nur richtig, dass dannzumal auch der Schulunterricht Wissenschaft in der Natur vermitteln wird.

Felix Müller,
Präsident Kreisschulpflege Winterthur-Stadt



Eine andere Schweiz

Am 9. Juni stimmen wir ein weiteres Mal über das Asylgesetz ab. Im September 2012 wurde dieses von den Bürgerlichen verschärft und die Änderungen per Dringlichkeit eingeführt. Das hat uns Junge Grüne nicht davon abgehalten, gemeinsam mit über 80 Organisationen das Referendum zu ergreifen. Der bevorstehende Abstimmungskampf zeigt einerseits die absurde Verschärfungsneurose der bürgerlichen Mitte und öffnet andererseits die Diskussion über das Zusammenleben von Menschen verschiedenster Kulturen in der Schweiz.

Verschärfende Vergangenheit

Das Asylgesetz regelt seit 1981 die Asylgewährung und die Rechtsstellung der Flüchtlinge in der Schweiz. Während nach dem 2. Weltkrieg mehrheitlich Flüchtlinge aus kommunistischen Staaten wohlwollend in die Schweiz aufgenommen wurden, ändert sich dies seit den 80er und den 90er Jahren. Wörter wie «Überfremdung» oder «Asylmissbrauch» fanden den Weg in unseren Wortschatz. Heute sprechen PolitikerInnen sogar schon von «Abenteuermigranten» und lassen damit eine Flucht wie ein jugendliches Backpacker-Erlebnis aussehen. Seit dem Fall der Berliner Mauer und dem offiziellen Durchbruch des globalen Neoliberalismus müssen Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, nicht mehr auf christliche, kreuzzugsartige Weise zum «westlichen System» bekehrt werden, sondern haben ihren festen Platz im ausbeuterischen System.

Heute stehen wir bei der 11. Verschärfung des Asylgesetzes. Zweimal wurde das Referendum ergriffen, zweimal schlug es fehl. Nach 2006 kam es zu einer kleineren Depression in der Asylbewegung, die dazu führte, dass fortan die SVP die Wege in der Asyl- und Ausländerpolitik verbarrikadierte. Mit ihrer Hetzjagd gewann die Rechtsausser-Wirtschaftspartei kontinuierlich an Wähleranteil. Seit 2011 wissen wir, dass diese diskriminierende Politik wieder etwas an Dominanz verloren hat – leider ist diese Neugierkeit aber noch nicht bis zu den selbsternannten Mitteparteien durchgedrungen, die zurzeit die menschenfeindliche Politik in der Schweiz vorantreiben.

Die aktuelle Revision

Am 9. Juni stimmen wir über eine Asylgesetzrevision ab, die aus einer Kombination von Christoph Blocher, Eveline Widmer-Schlumpf und Simonetta Sommaruga entstanden ist. Gerade

mit der Abschaffung des Botschaftsasyls und der Aufhebung der Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund wird darauf abgezielt, auf Kosten von Frauen, Kindern und Familien die Anzahl Asylgesuche möglichst schnell zu verringern und die Schweiz durch Repressionsmassnahmen «unattraktiv» zu machen. Bei der Testphase geht es um zukünftige Revisionen durch die aktuelle Bundesrätin, die gerne ein Modell à la Hollande einführen möchte, das den Leuten Beschleunigung vorgaukeln soll. Die Dringlichkeitserklärung des Parlaments war der Versuch der bürgerlichen Mitteparteien, aus einer von der SVP geschürten ausländerfeindlichen Stimmung Profit zu schlagen.

Die Mär der Beschleunigung

Die Verfahren in der Schweiz dauern im Durchschnitt 400 Tage. Längere Verfahren entstehen nicht dadurch, dass Asylsuchende nicht kooperieren. Nein, das Bundesamt für Migration priorisiert die Gesuche so, dass zuerst jene behandelt werden, bei denen die Chancen für einen Nichteintretensentscheid am höchsten sind. Menschen, die also Anrecht auf eine Niederlassungsbewilligung hätten, bleiben jahrelang nur vorläufig aufgenommen und sind dadurch extrem eingeschränkt.

Eine andere Schweiz

Max Frisch sagte 1965 «Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen». Heute rufen wir die Arbeitskräfte nicht mehr in solch grossen Massen in die Schweiz, denn bei uns befinden sich nur noch die Headquarters der ausbeuterischen globalen Multis. Nein, um unseren Lebensstandard kontinuierlich zu erhöhen rufen wir heute nach möglichst billigen Ressourcen und die Menschen kommen trotzdem. Schon fast verwundert, versuchen wir an der Spitze des Eisberges Veränderungen vorzunehmen, die dann ein komplett infiziertes System heilen sollen. Was es braucht, ist eine Systemänderung, ein Kurswechsel, der nur durch Anpacken an allen Ecken gelingen wird. Dieses Referendum bekräftigt, dass wir nicht gewillt sind, uns in eine menschenfeindliche Richtung zu bewegen und es zeigt, dass wir für unsere Ideologien und Vorstellungen einstehen. Denn eins ist sicher: Wir wollen eine andere Schweiz.

Andi Lustenberger, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz

Wir sind auf deine Spende angewiesen:

**Abstimmungskomitee Asylgesetz
Postcheckkonto PC 60-140821-1**



Was macht eigentlich ...

... eine Gemeinderätin in der Exekutive?

Exekutivmitglied in einer kleinen Gemeinde? Meistens sind alle froh, wenn sich jemand für ein solches Amt findet! Dabei beginnt damit eine spannende, lehrreiche Zeit, auch wenn die Freizeit knapper wird. Meine Ressorts «Gesundheit und Soziales» sind «weit», sobald es aber um Ausgaben geht, wird es eng und die Diskussionen lang (im Gegensatz zum Strassenbau, wo die Geschäfte meist durchgewunken werden).

Eine gute regionale Vernetzung ist das A und O, die Apéros sind nicht nur Smalltalk, sondern ein wesentlicher Beitrag dazu!

Sehr viel Zeit nimmt das Tagesgeschäft in Anspruch – erforderlich wäre mehr Raum für Workshops und Klausurtag für einen freien Kopf für die wesentlichen Aufgaben des Führungsorgans «Exekutive» – die Gemeinde besteht nicht nur aus Hydranten und Kanalisationsrohren!

Die in nächster Zukunft grösste Herausforderung für unseren Bezirk mit 24 kleinen Gemeinden wird die gemeinsame Bewältigung der immer zahlreicheren Aufgaben sein. Nicht alles kann in Zweckverbänden geregelt werden. Es braucht ein grundsätzliches Hinterfragen von Strukturen, nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen (neuer Finanzausgleich), die uns zwingen, über den Gartenzaun zu schauen! Es bleibt weiterhin spannend in einer Exekutivbehörde!



Kerstin Knebel
Gemeinderätin (Exekutive) Rheinau

... ein Gemeinderätin im Parlament?

Als ich 2008 eingebürgert wurde, wollte ich sofort meine neuen Pflichten erfüllen, was für mich auch hiess, politisch aktiv zu werden. Für mich war schon immer klar, dass ich nicht nur einfach zu Hause auf dem Sofa über die Tagesereignisse diskutieren, sondern aktiv mitbestimmen wollte. Die Mitgliedschaft bei den Grünen war die klare Konsequenz davon.

Nur ein Jahr später prangte mein Kopf auf den Plakaten für die Gemeinderatswahlen 2010. Als Drittplatzierte auf der Wahlliste hoffte ich und war überzeugt, dass wir einen dritten Platz erobern würden, zumal wir mit vier SpitzenkandidatInnen antraten und ich die einzige Frau war. Der engagierte Wahlkampf hat sich auszahlt – wir errangen den dritten Sitz! Für mich lagen Freude und Enttäuschung jedoch nahe beisammen, hatte mein Kollege auf Platz 4 mich doch überholt und ich ging leer aus. Ein Jahr später durfte ich dann aber nachrutschen und bin nun seit 2011 Mitglied des Gemeinderats Dietikon.

Dies ist einerseits eine frustrierende Aufgabe, sind wir Grünen im bürgerlich dominierten Parlament doch fast immer in einer klaren Minderheit. Andererseits habe ich nicht nur gelernt, mich mit «langweiligen» Gesetzesartikeln zu befassen, sondern auch, dass man als DurchschnittsbürgerIn Veränderungen und Verbesserungen in der Gemeinde aktiv mitgestalten kann – mit konkreten Ideen und nicht nur mit leeren Worten auf dem bequemen Sofa.



Catalina Wolf-Miranda
Gemeinderätin (Parlament) Dietikon

... eine Schulpflegerin?

Die Mitglieder der Schulbehörde werden alle vier Jahre, nach den Gemeinde- und Stadtratswahlen, vom Stimmvolk gewählt. Im Sommer 2011 wurde ich als Nachfolgerin eines zurückgetretenen Mitglieds in stiller Wahl zur Schulpflegerin im Kreis Mattenbach Winterthur ernannt.

Diese Funktion beinhaltet im Wesentlichen, die zugeteilten Lehrpersonen einmal jährlich während einer Unterrichtsstunde zu besuchen. Diese Besuche zeugen von wertschätzendem, jedoch nicht beurteilendem Charakter für und über die Lehrperson. Nach Möglichkeit nehme ich an einem Elternabend und einer Schulkonferenz pro Semester teil.

Ergänzend zu den Schulbesuchen finden jährlich vier Sitzungen der Kreisschulpflege statt. Sie bieten eine gute Plattform, sich mit den anderen SchulpflegerInnen auszutauschen.

Die Kreisschulpflege in Winterthur befindet sich im Umbruch. Im Sommer 2014 werden Schulkreise zusammengelegt und neu organisiert. Entsprechend wird auch die Anzahl der SchulpflegerInnen reduziert und neu zugeteilt.

Die Schulpflege erhält spannende Einblicke in das Bildungswesen vom Kindergarten bis und mit Oberstufe. Die besten Voraussetzungen um über die Bildung unserer Jüngsten informiert zu sein!



Renate Dürr
Schulpflegerin Winterthur

Wahlen 2014/15: Grüne KandidatInnen gesucht!

... ein Mitglied der RPK (Rechnungsprüfungskommission)?

Beim berufsbedingten Pendeln zwischen Wald ZH und Zürich mit dem öV ergaben sich einige neue Bekanntschaften. So entstand der Kontakt zu den Grünen und irgendwann wurde ich für die Kandidatur in die Rechnungsprüfungskommission (RPK) angefragt.

Ich sagte zu, denn als eidg. dipl. Bankfachmann bringe ich das nötige Zahlenflair mit. Als Kreditspezialist mit früherer Beratertätigkeit war ich mit den speziellen Eigenheiten einer Gemeindefachrechnung bereits vertraut.

Ich erhalte als RPK-Mitglied detaillierten Einblick in das Innenleben der Gemeinde und habe heute ein besseres Verständnis für die komplexen Gemeindefachaufgaben. Die zeitliche Beanspruchung für dieses Amt ist vertretbar. Meinen jährlichen Aufwand für Aktstudium, Prüfungsaufgaben und Sitzungstermine schätze ich auf ca. 40-50 Stunden. Die Verwaltungs- und Exekutivstellen in Wald pflegen mit der RPK einen offenen und respektvollen Dialog. Wir werden nicht als reine «Gemeindeüberwacher» wahrgenommen.

Damit eine Gemeinde zum Wohle der Allgemeinheit funktioniert, müssen die Behördenstellen durch kompetente und engagierte BürgerInnen besetzt werden. Für mich persönlich stellt die Mitgliedschaft in der RPK eine Bereicherung dar und ich habe meinen Schritt in dieses Amt noch nie bereut.



Daniel Huber
Rechnungsprüfungskommission Wald

... ein Mitglied der Verkehrskommission?

Die Verkehrskommission Glattfelden setzt sich aus dem für den öffentlichen Verkehr zuständigen Mitglied des Gemeinderats (Exekutive) und vier Personen aller politischen Richtungen aus der Bevölkerung zusammen.

Wir befassen uns mit allen Belangen des örtlichen öffentlichen Verkehrs, so zum Beispiel mit der Linienführung und den Fahrplänen des Ortsbusses, den Haltestellen und deren Gestaltung mit Unterständen, behindertengerechten Zugängen und Abfallbehältern, mit Problemen mit WC-Häuschen und Telefonzellen beim Bahnhof oder mit den Bestellungen und Anträgen der Gemeinde an den ZVV zum Verbundangebot.

Als nächstes steht die Behandlung der Änderungswünsche aus der Bevölkerung zur laufenden Auflage des ZVV-Fahrplans 2014/15 auf der Traktandenliste. Wir haben aber nur beratende Funktion, die Entscheide fällt der Gemeinderat, der uns auch wählt.

Mit zwei bis drei Sitzungen pro Jahr plus Vorbereitung hält sich der Aufwand für das Amt in Grenzen. Die finanzielle Entschädigung ist mehr symbolisch, aber ich habe als fleissige Benutzerin des öffentlichen Verkehrs die Möglichkeit, direkten Einfluss auf das Angebot zu nehmen.



Catrina Angele
Verkehrskommission Glattfelden

In einem Dreivierteljahr wird in den Gemeinden des Kantons Zürich gewählt, in den meisten Orten im Februar 2014. Die Wahlvorschläge dafür müssen bereits im Herbst 2013 eingereicht werden. Neben den Wahlen in die Gemeindeparlamente gibt es zahlreiche weitere Ämter, die neu besetzt werden:

Ob Gemeinderat (Exekutive), Sozialbehörde, Schul- oder Kirchenpflege, ob Bau-, Verkehrs-, Bürgerrechts- oder Rechnungsprüfungskommission oder ein anderes Amt – wir wollen mehr Grüne in den Gemeindebehörden!

Eine Kandidatur lohnt sich immer, und oftmals haben wir Grüne sehr gute Wahlchancen.

Was muss man für eine Kandidatur mitbringen?

KandidatInnen sollen Grüne Grundsatzpositionen vertreten und sich aktiv in ihrer Gemeinde engagieren. Sie sollen bereit sein, einen aktiven persönlichen Wahlkampf zu führen und das angestrebte Amt mindestens eine Amtsperiode lang auszuüben.

Welche Pflichten hat man als AmtsträgerIn?

AmtsinhaberInnen müssen die ihrem Amt entsprechende Arbeit leisten und sich mit den sie betreffenden politischen Geschäften auseinandersetzen. Sie sollen in regelmässigem Austausch mit ihrer Partei stehen. AmtsträgerInnen erhalten für ihre Tätigkeit Behördenentschädigungen (z.B. Sitzungsgelder oder pauschale Beträge). Ein kleiner Teil dieser Entschädigungen wird als Behördenabgabe an die Partei weitergegeben, die damit ihre politische Arbeit finanziert.

Wo gibt es mehr Informationen?

Interessierst du dich für ein Amt oder hast du Fragen? Melde dich bei deiner Ortspartei oder bei uns: sekretariat@gruene-zh.ch

Agenda

Grüne Kanton Zürich

13. Mai 2013, 19:30 Uhr, Apéro ab 19:00 Uhr
Generalversammlung

Thema: Konkordat Gewalt an Sportanlässen, Bonzensteuer
Volkshaus Zürich, Blauer Saal

15. Juni 2013, 9:15 Uhr
«Grüne Wirtschaft» konkret

Schulungsveranstaltung zur Umsetzung der Forderungen der
Volksinitiative für eine grüne Wirtschaft
CEVI Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich, Raum London

Grüne Stadt Zürich

7. Mai 2013, 19:30 Uhr, mit Apéro
Soirée fixe: Richten Grüne RichterInnen grün?

Volkshaus Zürich, Grüner Saal

18. Mai 2013, 14:00-16:00 Uhr
Exkursion AG Grünraum

Flechten und Stadtbäume – eine Landkarte der Luftqualität
Paradeplatz, beim Brunnen/Zeughausplatz

22. Juni 2013, 10:30 Uhr
Nationalratsbrunch

Ort wird noch bekannt gegeben

9. Juli 2013, 19:30 Uhr
Mitgliederversammlung

Thema: Stadion Hardturm
Cabaret Voltaire, Spiegelgasse 1, 8001 Zürich

Grüne Uster

20. April 2013
Annahme 8:00-10:00 Uhr, Verkauf 10:00-15:00 Uhr
Velobörse

Velos in Kommission (Ausweis mitbringen), Verkauf von
Bio- Würsten, Süssmost, Kuchen und Kaffee, Stadthausplatz

1. Mai 2013, 14:00-17:00 Uhr
1. Mai-Fest «Faire Löhne, besser Renten»

Stadtpark Uster

Grüne Bezirk Andelfingen

26. Juni 2013, 19:00 Uhr, Vortrag 20:15 Uhr
Generalversammlung

anschliessend öffentlicher Vortrag «Ernährungssouveränität»
von Balthasar Glättli

Löwensaal, Landstrasse 38, Andelfingen

Grüne Winterthur

15. Mai 2013, 18:45 Uhr
Mitgliederversammlung

Thema: Autofreie /-arme Quartiere
Kongress- und Kirchengemeindehaus Winterthur, Liebestrasse 3

diverse Daten, Treffpunkt 14:30 Uhr, Stadtwerk Winterthur
Veloexkursionen mit Matthias Gfeller

25.05.2013: Route Mattenbach – Naturschutzgebiet Sädelrain –
Reservoir Hulmen – Eidberg (bei Regen: 15:15 Uhr, Busendhalte-
stelle Oberseen, Bus 3)

15.06.2013: Route Bahnhof Töss – Dättnauer Weiher – Holz-
schnittelheizung Wyden – Wülflingen (bei Regen: 16:45 Uhr
Bahnhof Wülflingen)

06.07.2013: Route: Unterwerk Neuwiesen – Naturlehrgarten Loo-
rstrasse – Chöppi – Wülflingen (bei Regen: 14:45 Uhr, Unterwerk
Neuwiesen, Ecke Wülflingerstrasse/Neuwiesenstrasse)

24.08.2013: Route Bahnhof Grüze – Deponie Riet – Fotovoltaik-
anlage – Mörsburg (bei Regen: 15:50 Uhr, Bahnhof Reutlingen)

Grüne Illnau-Effretikon

1. Juni 2013, ab 8:00 Uhr
Grüner Flohmarkt

Effi-Märt, Märtplatz Effretikon

Grüne Bezirk Hinwil

23. Mai 2013, 18:30 Uhr, mit kleinem Apéro
Führung Keller Recycling AG Hinwil

bitte anmelden bei rico.croci@bluewin.ch, 055 266 13 66
anschliessend GV

Grüne Wald

21. & 22. Juni 2013, 21:30 Uhr, Bar ab 21:00 Uhr
Cinéma Solaire

Portables, sonnenenergiebetriebenes Kino, das Filme zeigt,
die nur selten im Kino zu sehen sind. Stuhl mitbringen.

Bahnhofstrasse, beim Cafe Gabriel, Wald

Junge Grüne

1. Mai 2013,
Junggrüner Stand am 1. Mai-Fest

Kasernenareal

3. Mai 2013
Mitgliederversammlung

Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich

Impressum

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 1'600 Ex. Redaktion & Layout: Ulla Blume. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Martin Graf, Ralf Margreiter, Luca Maggi, Balthasar Glättli, Thomas Forrer, Reto Diener, Thomas Wüthrich, Maria Ackermann, Marionna Schlatter, Markus Knauss, Karin Rykart, Andi Lustenberger, Kerstin Knebel, Catalina Wolf-Miranda, Renate Dürr, Daniel Huber, Catrina Angele. Bildnachweise: S. 2: © Bernd Ege - Fotolia.com, S. 3: <http://www.efezet.ch>, S. 5: Miss X / photocase.com, S. 6: Raumgleiter, S. 7: Alex Boethius, S. 10 & 11: Juliette Chretien / art.l.schock.net, Design: artischock.net Zürich. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FCS-Papier gedruckt.